

Belarus-Rußland: Divergenzen über den Charakter des gemeinsamen 'Unionsstaates'

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1999). *Belarus-Rußland: Divergenzen über den Charakter des gemeinsamen 'Unionsstaates'*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 35/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48102>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 35/1999

16. September 1999

Belarus-Rußland: Divergenzen über den Charakter des gemeinsamen "Unionsstaates"

Zusammenfassung

Ende 1998 hatten die Präsidenten Lukaschenko und Jelzin beschlossen, bis Mitte 1999 einen Vertragsentwurf auszuarbeiten, der die Union Belarus-Rußland zu einem vertraglich fixierten Unionsstaat ausbauen sollte. Aufgrund von prinzipiellen Divergenzen über dessen Charakter und Ziele mußten die Termine jedoch wiederholt verschoben werden, und es ist fraglich, ob es in naher Zukunft überhaupt zu engeren vertraglichen Vereinbarungen kommen wird. Politisch wehrt sich Moskau gegen das Minsker Bestreben zur Bildung eines Unionsstaates zweier gleichberechtigter Partner mit umfangreichen Vollmachten für die Unionspräsidentschaft. Wirtschaftlich lehnt die russische Führung Regelungen ab, die Belarus innerrussische Bedingungen für Preise und Tarife einräumen und das Land damit noch stärker als schon jetzt subventionieren würden. Konfusion herrscht auch weiterhin im Blick auf die Frage der gemeinsamen Währung und die Ansiedlung des Emissionszentrums. Die Zurückhaltung Moskaus gegenüber einer Vollendung des Unionsstaats-Projekts belarussischer Prägung sowie seine abnehmende Fähigkeit zu materieller Subventionierung Weißrußlands haben dazu beigetragen, Lukaschenko zu einer Kurskorrektur im Sinne einer Verbesserung der Beziehungen zum Westen und insbesondere zur EU zu veranlassen.

Hochgesteckte Ziele

Auf dem Moskauer Gipfel vom Dezember 1998 hatte Präsident Lukaschenko mit seinem russischen Kollegen Jelzin eine "Erklärung über die weitere Vereinigung von Belarus und Rußland" unterzeichnet.¹ Dabei waren die Staatshäupter übereingekommen, die lockere Zweier-"Union" in die verbindlichere Form eines vertraglich fixierten "Unionsstaates" zu gießen und ihrer jeweiligen Bevölkerung bis Mitte 1999 ein entsprechendes Dokument zur Aussprache vorzulegen. Die Ziele waren hochgesteckt: Supranationale Organe sollten geschaffen und mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden, freilich unter Wahrung der nationalen Souveränität der Partnerstaaten; für die Wirtschaftssubjekte sollten auf dem Territorium der jeweils anderen Seite in materieller und gesetzlicher Hinsicht gleiche Bedingungen geschaffen werden, darunter auch in Form eines einheitlichen Zollgebiets; schließlich war vorgesehen, das Geld- und Kreditwesen zu

¹ Vgl. dazu meinen Beitrag Rußland-Belarus: Die Zweier-Union im Zeichen von Konzeptions- und Interessendivergenzen, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 8/1999.

vereinheitlichen, wobei allerdings die entsprechenden inhaltlichen und organisatorischen Modalitäten offenblieben.

Schon damals, im Dezember 1998, hatten beschwörende Formeln über die Untrennbarkeit der slawischen Bruderstaaten nur mühsam verdecken können, daß die Ansichten über Charakter, Kompetenzen und Ziele des zu bildenden "Unionsstaates" in Minsk und Moskau weit auseinandergingen. Folglich mußten die Termine für die Verabschiedung eines gemeinsamen Vertragsentwurfs immer wieder vertagt werden. Die Diskussionen über einen möglichen Beitritt Jugoslawiens hatten dabei eher propagandistischen Charakter und spielten seit Beendigung der NATO-Schläge vom Juni 1999 im Unions-Poker eine gewisse Rolle nur noch auf parlamentarischer Ebene.²

Wo liegen die Divergenzen, die die Ausarbeitung des Vertrages ins Stocken geraten ließen?³ Hier seien stichwortartig nur die wichtigsten unter ihnen genannt:

Politische Strukturen

Lukaschenko geht es um die Bildung eines Unionsstaates zweier gleichberechtigter Partner mit umfangreichen Vollmachten für die zwischen Belarus und Rußland alternierende Unions-Präsidentschaft, wobei eine "harte Vertikale" ähnlich wie in Belarus die Durchsetzung der präsidentialen Linie gewährleisten soll.⁴ Der Vizepräsident leitet zugleich die Unionsregierung, der ein Teil der souveränen Rechte der Partnerstaaten übertragen wird. Dies bezieht sich vor allem auf das Wirtschaftsleben, darunter Währungsregulierung, Zollwesen, Bewegung von Personen und Kapital, Konstituierung eines Gemeinsamen Markts u.ä.

Als gemeinsame Prinzipien bei der Formierung der Organe des Unionsstaates nennt Lukaschenko "Parität, Repräsentativität, Wählbarkeit der Vertretungsorgane durch die Bürger oder die teilnehmenden Staaten, Kompaktheit, Wirtschaftlichkeit, Vermeidung von Doppelarbeit, deutliche Balance der Vollmachten".⁵ Damit hätte Lukaschenko als Unionspräsident bzw. als Vizepräsident/Regierungschef unmittelbaren Zugriff auf die Entwicklungen in Rußland, zumal er sich ausrechnet, daß das direkt zu wählende Unionsparlament mehrheitlich seine Positionen teilt. Das für entsprechende Verfassungsänderungen notwendige Referendum dürfte Lukaschenko problemlos für sich entscheiden.

Die Führung in Moskau ihrerseits lehnt eine solche Lösung entschieden ab, auch wenn sie von Lukaschenko mit dem Angebot verbunden wurde, Jelzin bei der Übernahme der Unionspräsidentschaft den Vortritt zu lassen.⁶ Diese Weigerung erfolgte aus einer Vielzahl von Gründen. So ist das Moskauer Establishment zu substantiellem Souveränitätsverzicht nicht bereit und zielt letztlich auf Absorption des an Umfang und Gewicht ungleich geringeren Partners. Hinzu kommt, daß das Eingehen auf eine Konföderationslösung die Statik der Russischen Föderation gefährden würde – auch jetzt erhoben die Republiken Tatarstan und Baschkortostan für einen solchen Fall erneut Anspruch auf Anhebung ihres Status zu einem gleichberechtigten Konföderationssubjekt. Bemerkenswerterweise räumte

² So bildeten die Parlamente in Minsk, Moskau und Belgrad im Juli 1999 eine Kommission, die den Beitritt Jugoslawiens zur Union fördern soll, Reuters, 31.7.1999.

³ Zu den Vorstellungen beider Seiten über den Charakter des Unionsstaates vgl. das Putin-Interview im 2. russ. Fernsehkanal am 2.5.1999; Ministerpräsident Putin war damals FSB-Chef und Sekretär des Sicherheitsrats Rußlands. Die belarussischen Positionen am ausführlichsten in Lukaschenkos Rede vor der Parlamentarischen Versammlung der Union Belarus-Rußland: Integracija trebujet morali, nrabennosti i otvetsvennosti, in: Sovetskaja Belorussija (hinfort: SBR, Minsk), 3.7.1999. Die verfassungsmäßigen Aspekte arbeitet heraus: M. Sazonov, Sojuznyj dogovor: est' zapas pročnosti, Interview mit SBR, 18.5.1999. Lukaschenko-Berater Sazonov ist Mitglied der belarussisch-russischen Kommission zur Vorbereitung des Vereinigungsvertrags. Ähnlich auch S. Baburin, "Bez referendum polnomashtabnyj sojuz nevozmožno", Interview mit Nezavisimaja gazeta (hinfort: NG, Moskau); 4.8.1999; Staatsduma-Vizesprecher Baburin ist Vorsitzender der Duma-Arbeitsgruppe Belarus.

⁴ Sazonov, a.a.O.

⁵ Lukašenko, a.a.O.

⁶ So S. Pletnev, Ob"edinenie pod davleniem, in: NG, 2.7.1999.

Ministerpräsident Putin ausdrücklich ein, daß es sich hierbei tatsächlich um einen "kritischen Punkt" handelt.⁷

Schließlich würden Souveränitätsverzichte die Zustimmung der russischen Verfassungsversammlung erfordern – eines Gremiums, dessen Bildung gesetzlich noch gar nicht geregelt ist; anschließend müßten sie in einem Referendum bestätigt werden. Angesichts solch komplizierter Prozeduren und gravierender Probleme verwarf die russische Seite das Unionskonzept Lukaschenkos und wurde darin von der Gruppe der "Reformer" unterstützt, die erstmals gemeinsam mit führenden Vertretern der demokratischen Opposition aus Belarus auftrat.⁸ Statt dessen sollte die Unionsexekutive nach den Vorstellungen der Jelzin-Administration von einem "Ständigen Komitee" bzw. einem "Obersten Rat" gebildet werden, dem die Präsidenten, die Regierungschefs und die Parlamentssprecher beider Staaten angehören. Dieses Gremium, das sich in seiner Konstruktion von dem "Obersten Rat" der 1997 konstituierten Zweierunion kaum unterscheidet, trifft die Entscheidungen kollegial und impliziert damit für jede Seite ein Vetorecht ("ein Staat, eine Stimme").

Bei alledem muß freilich offenbleiben, ob die Jelzin-Gruppe bei ungünstigen Prognosen für den Präsidentschaftskandidaten ihrer Präferenz nach den Staatsdumawahlen vom Dezember 1999 nicht doch die Chance ergreift, durch Manipulationen bei der Konstruktion der Union Rußland-Belarus die Präsidentschaftswahlen in Rußland zu verschieben und somit wenigstens Teile der Macht zu erhalten. Die Möglichkeit hierfür böte mit Blick auf das Auslaufen der Präsidentschaft Jelzins in Rußland eine Übernahme der Präsidentschaft in der Union ("Milošević-Lösung").

Kontroversen über die Wirtschaftsbeziehungen

Nachdem es Lukaschenko nicht gelungen war, Moskau von der Bildung eines politisch starken Unionsstaats zu überzeugen, rückte er ein damit verbundenes Teilziel in den Vordergrund: die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums Belarus-Rußland. Hinfort sollten nicht Neukonstruktionen im politischen Überbau, sondern wirtschaftliche Aspekte das Rückgrat des zukünftigen Vertragswerks bilden, so der Präsident im September 1999. Hierzu zählte er – unter Rückgriff auf die "Erklärung" vom Dezember 1998 – gleiche wirtschaftliche Rahmenbedingungen für sämtliche Wirtschaftssubjekte, die Bildung eines einheitlichen Zollgebiets sowie eine Vereinheitlichung des Zivil- und Steuerrechts. Darüber hinaus plädiert er jetzt auch für eine einheitliche Steuer- und Preispolitik sowie für eine Vereinheitlichung der Transport-, Energie- und Informationssysteme. Konkret würde dies auf erhebliche Preisvorteile für Belarus hinauslaufen, darunter zollfreien Zugang für belarussische Produkte zu den russischen Märkten, gleiche Transporttarife für belarussische Güter in Rußland, Gas- und Öllieferungen an Belarus zu internen russischen Preisen. Die Kompetenz für all diese Bereiche soll – wie bereits erwähnt – bei der Unionsexekutive liegen.⁹

Für die russische Seite kann von einem Souveränitätsverzicht in diesen sensiblen Bereichen keine Rede sein. Auch hält sich ihre Bereitschaft – und Fähigkeit – in Grenzen, das Lukaschenko-Regime durch Gewährung niedriger innerrussischer Preise und Tarife verstärkt zu alimentieren: Im September 1999 waren die Energieschulden Weißrußlands gegenüber Rußland erneut auf insgesamt 422 Mio. US-\$ angewachsen (darunter allein bei Gazprom auf 300 Mio. US-\$). Zwar äußern sich nur wenige Moskauer Politiker so offen wie der frühere Vizepremier Schochin: Wie ein Staubsauger absorbiere Belarus russische Haushaltsgelder, so Schochin, und pumpe obendrein große Mengen geschmuggelten Wodkas nach Rußland.¹⁰ In der Praxis jedoch reagiert die Moskauer Führung ähnlich abwehrend,

⁷ Putin, a.a.O.

⁸ Die Diskussionsbeiträge der Teilnehmer und das abschließende "Memorandum" sind abgedruckt in: Otkrytaja politika (Moskau), Nr. 3-4/1999, S. 20-25. Teilnehmer waren u.a. aus Belarus S. Šuškevič, S. Šareckij, M. Čigir, M. Pastuchov und S. Bogdankevič; aus Rußland E. Gajdar, B. Nemcov, S. Kovalev und A. Kozyrev.

⁹ Lukaschenko, a.a.O.

¹⁰ RTR-Interview, 2.7.1999.

indem sie – wie Lukaschenko klagt – viele gemeinsame Absichtserklärungen im wirtschaftlichen Bereich schlicht nicht erfüllt.¹¹

Währungsunion und Emissionszentrum in der Schwebe

Konfusion herrscht auch weiterhin im Hinblick auf die kontroverse Frage der gemeinsamen Währung und der Ansiedlung des Emissionszentrums. Nach Moskauer Ansicht kann beides nur in russischer Kompetenz liegen. Überraschenderweise erklärte sich Nationalbankchef Prokopovitsch im Juli 1999 mit einer solchen Lösung grundsätzlich einverstanden, traf damit jedoch auf Widerspruch seines Präsidenten: Die Übernahme des russischen Rubel durch Belarus sei noch nicht entschieden, betonte Lukaschenko; man werde nur auf gleichberechtigter Basis handeln sowie Souveränität und Unabhängigkeit des Landes keinesfalls aufgeben. Vor diesem Hintergrund schlug er eine neue Variante vor, wonach ein "gemeinsamer russisch-belarussischer Währungsrat" die Funktion des Emissionszentrums übernehmen solle.¹²

Unterdessen erklärten beide Seiten die Ausarbeitung eines Währungskonsenses kurzerhand zum Zukunftsprojekt und faßten für seine Realisierung eine Periode von acht Jahren ins Auge. Dieser Aufschub entbindet vorerst von konkreten harten Entscheidungen und kommt allen Beteiligten entgegen: Den Herrschenden läßt er Raum für immer neue Unionsinszenierungen, und den Volkswirtschaften erspart er weitere Desaster. Denn eine rasche Währungsunion im Zeichen des russischen Rubel würde die belarussische Wirtschaft ruinieren, so der belarussische Ex-Nationalbankchef Bogdankewitsch, da diese dem Wettbewerbsdruck nicht gewachsen sei.¹³ Der russische Wirtschaftsspezialist und Jabloko-Chef Jawlinskij betonte seinerseits, die Währungsunion werde der russischen Wirtschaft einen weiteren Schlag versetzen, da die ökonomisch-finanziellen Parameter in Belarus wesentlich ungünstiger seien als in Rußland. Das Projekt einer Vereinigung sei "eine politische Spekulation zweier Staatsführer, die den realen Prozeß der Wirtschaftsintegration ersetzt"¹⁴.

Der Unionsstaat: eine virtuelle Realität

Bisher war für die Regime in Belarus und Rußland alles relativ einfach: Blumige Rhetorik über slawische Brüderschaft und unverbindliche Deklarationen auf der Ebene der Symbolik verschafften beiden Präsidenten ohne besonders hohen Einsatz politischen Mehrwert, da über die fundamentalen Divergenzen in den Vereinigungskonzeptionen noch nicht entschieden werden mußte. Inzwischen sind die Seiten jedoch an einem Punkt angelangt, an dem sich die Integrationsrhetorik zu verbrauchen und unglaublich zu werden droht, wenn sie nicht von substantiellen Durchbrüchen begleitet wird.

Danach sieht es zur Zeit jedoch nicht aus. Zwar schreitet die Integration von Belarus in das russische Verteidigungsdispositiv voran, und auch sein Handel mit Rußland belief sich 1998 trotz erheblicher Einbrüche infolge der Moskauer Finanzkrise vom August 1998 mit rund 60% weiterhin auf hohem Niveau. Andererseits signalisieren Entwicklungen auf anderen Feldern jedoch ein nur geringes Integrationsengagement: So belief sich das Budget der Zweierunion, aus dem gemeinsame Projekte finanziert werden sollen, 1998 auf lediglich 800 Mio. russische Rubel (rund 50 Mio. DM), und die Bildung des seit längerem anvisierten gemeinsamen TV-Kanals steht bis heute überhaupt aus.

Präsident Lukaschenko übte wiederholt scharfe Kritik an der – wie er es nennt – Moskauer Sabotagepolitik gegenüber dem Projekt eines starken Unionsstaates.¹⁵ Sämtliche Vorschläge würden "in der Administration des Präsidenten und in den Strukturen der russischen Führung versinken". Es sei aber

¹¹ Vgl. D. Malinovskij, Raznye podchody k edinnym tarifam, SBR, 3.8.1999. Dieser Beitrag bezieht sich auf Moskauer Verhandlungen zwischen dem belarussischen Außenministerium und dem russischen Außenhandelsministerium.

¹² Communiqué eines Gesprächs mit Nationalbankchef Prokopovič, in: SBR, 11.8.1999.

¹³ Belapan, 14.7.1999.

¹⁴ RTR-Interview, 11.7.1999.

¹⁵ ORT-Interview, 3.7.1999.

ein Irrtum, Belarus als Kostgänger Rußlands zu verleumden und sein Streben nach Vereinigung als Überlebensstrategie zu charakterisieren. Denn würde Belarus die Transitzkosten Rußland-Westeuropa nach internationalen Preisen berechnen, behauptete Lukaschenko, so könnte es seine Bevölkerung allein auf diese Weise versorgen.¹⁶ Gleichwohl dürfte dem Präsidenten nichts anderes übrigbleiben als im Spätherbst 1999 erneut ein kompromißbetontes "weiches" Unionsdokument bzw. einen entsprechenden Entwurf zu unterzeichnen: Moskau lehnte es ab, vor den russischen Staatsduma- und Präsidentschaftswahlen (Dezember 1999 bzw. Juni 2000) solche Vereinbarungen zu treffen, die Verfassungsänderungen und damit die Abhaltung landesweiter Referenden erfordern. So wird es sich bei dem Vertrag auch diesmal, wie es in Moskauer Medien heißt, eher um eine "papierene, virtuelle Realität" handeln als um reale Schritte in Richtung Vereinigung.¹⁷

Kooperationsangebote an den Westen

Gleichwohl hatte die Zurückhaltung Moskaus gegenüber der Vollendung des Unionsstaat-Projekts sowie seine abnehmende Fähigkeit zu wirtschaftlicher Stützung Weißrußlands bemerkenswerte Folgen für das internationale Umfeld: Beides dürfte ganz wesentlich dazu beigetragen haben, Lukaschenko zu einer Kurskorrektur im Sinne einer Verbesserung der Beziehungen zum Westen zu veranlassen. Insofern sind, so scheint es, die aufsehenerregenden Anweisungen Lukaschenkos vom Juli 1999 an das Außenministerium, "äußerst freundliche und enge Beziehungen" zum Westen herzustellen, mehr als ein taktischer Zug für Positionsgewinne im Ringen mit Moskau.¹⁸ Außenminister Latypow nannte dabei als vorrangige Aufgabe Bemühungen um eine Ratifizierung des Vertrags EU-Belarus über Partnerschaft und Kooperation, der 1995 unterzeichnet worden war, nach dem manipulierten Referendum und der Auflösung des legitimen Parlaments im November 1996 von Brüssel jedoch storniert wurde.¹⁹

Das Inkrafttreten des Partnerschaftsvertrags wäre für Belarus in der Tat sehr wichtig, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen bildet die EU den leistungsfähigsten potentiellen Partner expandierender Handelsbeziehungen und massiver Modernisierungsinvestitionen für das wirtschaftlich auf Talfahrt befindliche Belarus. Zum anderen aber könnte damit – was bisher noch kaum in den Blick geraten ist – Gefahren einer Isolierung auch nach Osten vorgebeugt werden: Im Partnerschaftsvertrag mit der EU hat sich Rußland verpflichtet, den GUS-Staaten und damit auch Belarus nur noch während einer Übergangszeit mehr Vorteile als der Union einzuräumen und damit von der Meistbegünstigung abzuweichen. Ähnliches gilt für ein besonderes Preissystem bei der Ausfuhr verschiedener Rohstoffe und Halbfertigwaren nach Belarus. Vor diesem Hintergrund rief Latypow interessanterweise auch die Opposition auf, auf diesem Felde aktiv zu werden und zu helfen, "wirtschaftliche, politische und andere Kontakte zu den westlichen Ländern zu knüpfen".²⁰

All dies signalisiert sicher noch nicht die Wende hin zu einer Öffnung des Landes nach Maßgabe der allgemein anerkannten europäischen Grundwerte und demokratischen Prinzipien. Darauf verweisen nicht zuletzt die Beispiele politischer Justiz (Langzeithaftierung von Ex-Ministerpräsident Tschigir) und die Repression friedlicher Demonstranten (Arrest und Strafandrohung für den Sozialdemokratie-Chef Statkewitsch).

Andererseits öffnete die Regimepresse erstmals nach Jahren ihre Spalten für Politiker und Wissenschaftler der Opposition. So druckte die "Sowjetskaja Belorussija" im August 1999 zwei äußerst regimekritische Beiträge ab.²¹ In dem einen Falle fordert der Stellvertretende "Volksfront"-

¹⁶ Rede vor der Parlamentarischen Versammlung, a.a.O.

¹⁷ So N. Ajrapetova, Minsk spešit ili Moskva ostaet?, in: NG, 7.7.1999.

¹⁸ Aksioma: bol'she prodavat' – men'she pokupat', Bericht über eine Sitzung des erweiterten Kollegiums des Außenministeriums unter Teilnahme des Präsidenten, in: SBR, 6.4.1999.

¹⁹ Interview mit Interfax-Sapad, 5.7.1999. Mit ähnlicher Tendenz auch Lukaschenko in seiner Botschaft an die Nationalversammlung von Belarus am 7.4.1999, in: SBR, 9.4.1999.

²⁰ U. Latypov, in: Interfax-Zapad, 5.7.1999.

²¹ Okno v Evropu prorubajut ne toporom, in: SBR, 24.8.1999. Es handelt sich um Beiträge anlässlich einer Diskussion am Runden Tisch, veranstaltet von dem Präsidialadministrations-"Institut für sozial-politische Studien".

Chef Chodyka politische Rechte und Freiheiten, freie Wahlen, Zugang der Opposition zu den staatlichen Medien sowie wirtschaftliche Strukturreformen. Der renommierte Wissenschaftler Karbalewitsch wiederum bezeichnete die außenpolitischen Prioritäten des Regimes als unrealistisch, wobei er ausdrücklich auf folgende Aspekte verwies: die Idee einer Reform der GUS, die Achse Minsk-Moskau-Peking, den Bund Minsk-Moskau-Belgrad "und sogar das Projekt eines Unionsstaats Belarus-Rußland". Die außenpolitische Doktrin müsse sich an den Interessen des Staates ausrichten, "nicht aber an dem der herrschenden Elite". Wolle man wirklich die westliche Richtung in der Außenpolitik stärker betonen – unterstrich Karbalewitsch –, so müsse man das Modell der "Mobilisierungswirtschaft" mit Festungscharakter nach außen überwinden, "dem Panslawismus eine Absage erteilen" und sich statt dessen an den Prinzipien von Demokratie und Marktwirtschaft orientieren.

Auf dem Weg zu einer "Mehrvektorenpolitik"?

Die Publizierung solcher kritischer Äußerung ist zweifellos eine bemerkenswerte Konzession des Regimes. Angesichts der Unberechenbarkeit des Präsidenten, seines autoritär-repressiven Regierungsstils und seiner Aversion gegenüber dem Westen kann allerdings erst die Zukunft zeigen, ob dies tatsächlich auf einen evolutionären Prozeß der Demokratisierung, auf die vom Westen geforderte Anpassung an europäische Standards und Normen hinausläuft. Gemeint ist die Einleitung von Prozessen, an deren Ende freie und faire Wahlen, ungehinderte Entfaltung der Opposition, Zugang für alle politischen Strömungen zu den Massenmedien sowie Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte stehen.

Immerhin haben sich entsprechende Chancen verbessert. Unter Vermittlung der OSZE werden illusionslos und pragmatisch erste Gespräche zwischen Regierung und Opposition geführt, um den Verfassungskonflikt zu entschärfen und faire Bedingungen für die Teilnahme der Opposition an den Parlamentswahlen im Jahr 2000 zu schaffen. So eigenartig es klingt: Ganz offensichtlich fördern die Divergenzen Minsk-Moskau über Struktur und Charakter des "Unionsstaates" das, was Lukaschenko als "Mehrvektorenpolitik" in den Außenbeziehungen seines Landes bezeichnet.

Heinz Timmermann

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071